

wirtschaft FAIRändern solidarisch leben

Behelf zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit
für Kinder, Jugendliche und Erwachsene
Aktion Familienfasttag 2016



teilen spendet zukunft. aktion familienfasttag



Katholische
Frauenbewegung

Wirtschaft FAIRändern – Solidarisch leben

Verteilungsgerechtigkeit durch geschlechtergerechte Budgetpolitik

Papst Franziskus fand Anfang 2014 klare Worte: „Unsere Wirtschaft tötet“. Was er damit meinte: in unserem profitorientierten Wirtschaftssystem hat sich eine gigantische Schere zwischen GewinnerInnen und VerliererInnen geöffnet. Das reichste Prozent der Weltbevölkerung besaß im Jahr 2014 48 % des globalen Vermögens. 99 % der Weltbevölkerung musste sich die verbleibenden 52 % des gesamten weltweiten Vermögens teilen. Eine Ursache dieser Ungleichverteilung ist das globale Wachstumsparadigma, das zwar zu durchschnittlich steigendem, aber gleichzeitig auch zu sehr ungleich verteiltem Wohlstand beiträgt.

Wir als kfb sehen mit Besorgnis, dass gerade Frauen überproportional viel von den Verlusten und Kosten schultern. Tag für Tag verrichten vor allem Frauen überall auf der Welt viele Arbeiten, die nicht entlohnt werden: Sie organisieren den Familienhaushalt, sie erziehen die Kinder, sie pflegen Angehörige etc. Die Reproduktions- und Sorgearbeit trägt wesentlich zum Wohlstand einer Gesellschaft bei und trotzdem wird sie als „unwirtschaftlich“ gesehen und von der Darstellung der Gesamtwirtschaft ausgespart. 70 % der unbezahlten Arbeit weltweit liegt in Frauenhänden. Dagegen besitzen Frauen nur 10 % der weltweiten Einkommen und nur 1 % des globalen Vermögens. Die neoliberale Globalisierung und ihr Wachstumsmodell führen gerade für Frauen keineswegs zu sozialer Sicherheit und Beseitigung von Armut.

In den letzten Jahrzehnten ist das Bewusstsein über die Wichtigkeit der Wirtschaftspolitik zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen und deren Perspektiven auf wirtschaftliche Ermächtigung stark gewachsen. Staaten müssen in erster Linie

wieder den Menschen im Blick haben und dürfen nicht weiterhin die Wachstums- und Kostensenkungsstrategie als Richtschnur für ihr Handeln heranziehen. Wirtschaftspolitik, ganz besonders die Budgetpolitik, kann den Lebensstandard von Frauen verbessern oder auch verschlechtern und dazu beitragen, geschlechtsspezifische Unterschiede in Einkommen, Gesundheit, Bildung, Ernährung etc. zu vergrößern oder zu verringern.

Unter dem Motto „Wirtschaft FAIRändern – solidarisch leben“ wollen wir uns auch im zweiten Jahr mit den Widersprüchen des derzeit herrschenden profitorientierten Wirtschaftssystems beschäftigen. Besonderes Augenmerk legen wir dieses Jahr jedoch darauf, wie Frauen von der patriarchal strukturierten Wirtschaftspolitik, im Besonderen der Budgetpolitik, betroffen sind und wie eine geschlechtergerechte Budgetpolitik einen Beitrag zu einer gerechteren Verteilung leisten kann.

Im Rahmen der zweijährigen Schwerpunktsetzung „Wirtschaft FAIRändern – solidarisch leben“ ist dieses Heft eine Ergänzung zum Bildungsbeleg der Aktion Familienfasttag 2015.

Ich wünsche Ihnen/Euch viele Möglichkeiten, die Inhalte unseres diesjährigen Schwerpunkts zu verbreiten! Der vorliegende Beleg möge Unterstützung dabei sein.

Veronika Pernsteiner, M.A

Vorsitzende der kfbö

Verantwortliche im Vorsitz-Team für die Aktion Familienfasttag



© Litzlbauer

Veronika Pernsteiner

Die Spenden für die Aktion Familienfasttag kommen ausgewählten und gut begleiteten Projekten zugute. Wenn Materialien der Aktion verwendet werden, bitten wir darum, die im Rahmen der Aktivitäten gesammelten Spenden der Aktion Familienfasttag zukommen zu lassen. (IBAN: AT86 60 000 0000 1250 000)



Wirtschaftspolitik und Frauen	3
Gender Budgeting	6
(Geschlechter-)Gerechte Wirtschaftspolitik durch Gender Budgeting	9
Projektpartnerorganisation FDC, Philippinen	10
Projektpartnerorganisation Don Bosco, Philippinen	14
Methoden für Jugendliche und Erwachsene	17
Methoden für Kinder	20
Neuigkeiten zur Sumangali Kampagne	22
Quellenverzeichnis und Links	23
Impressum	24

Weitere Materialien zur Aktion Familienfasttag 2016

- Bausteine zur Gestaltung von Gottesdiensten
- Familienfasttags-Magazin, Plakate, Flugzettel, Spendenwürfel ...

Wirtschaftspolitik und Frauen

Der Staat hat mit seinen Einnahmen und seinen Ausgaben die Aufgabe, Verteilungsfunktionen wahrzunehmen. Die Wirtschaftspolitik ist daher ein wichtiger Teil staatlichen Handelns und bildet mit der Budgetpolitik ein zentrales Steuerungsinstrument um ein Gleichgewicht in der Gesellschaft herzustellen. Denn einerseits wird nicht jede Leistung in einer Gesellschaft vom Markt belohnt, wie z. B. die Versorgung von Kindern, und andererseits werden Menschen von Marktprozessen ausgeschlossen, wie Kranke, Arbeitslose, PensionistInnen. Hier muss der Staat einspringen, indem er über die Besteuerung einen Teil des Einkommens derjenigen abschöpft, deren Leistung vom Markt belohnt wird und es als Sozialleistung an diejenigen verteilt, deren Leistung vom Markt ignoriert wird. Obwohl die Verteilungsfragen maßgebliche Auswirkungen auf die Bevölkerung haben, werden diese meist nicht in einer demokratischen Diskussion erörtert.

Zusätzlich wird die Tatsache, dass sich wirtschaftspolitische Entscheidungen auf Frauen und Männer unterschiedlich auswirken, und dies daher bei Verteilungsfragen einbezogen werden müsste, völlig ignoriert. Frauen und Männer haben unterschiedliche gesellschaftliche Positionen inne und sind daher von ökonomischen Aktivitäten des Staates unterschiedlich betroffen. So hat z. B. die Verkehrsplanung auf Frauen und Männer unterschiedliche Auswirkungen. Während Männer eher mit dem Auto fahren, wird der überwiegende Teil aller Wege zu Fuß oder mit dem öffentlichen Verkehr von Frauen zurückgelegt. Zudem werden Begleit- und Versorgungswege hauptsächlich von Frauen zurückgelegt. In Wien sind 50 % dieser Wege Fußwege. Verkehrsplanungen blenden diese Aspekte meist völlig aus, was zu strukturellen Benachteiligungen und Barrieren für den FußgängerInnenverkehr, und damit insbesondere für Frauen, Kinder und ältere Menschen, führt.

Oder wenn z. B. weniger Mittel in die Bildung fließen, so wird es gerade in den Ländern des Globalen Südens bedeuten, dass vorrangig Mädchen von der Schulbildung ausgeschlossen werden, wenn sich die Familien das Schulgeld nicht mehr für alle Kinder leisten können.

Sparmaßnahmen bei den öffentlichen Gütern- und Dienstleistungen sowie den staatlichen Sozialleistungen, wie man sie in Zeiten von Wirtschafts- und Finanzkrise oft antrifft, wirken sich vor allem zu Lasten der Frauen aus. Einerseits weil gerade der öffentliche Sektor überwiegend Frauen beschäftigt und diese dadurch gefährdet sind ihren Job zu verlieren und andererseits weil durch ihre gesellschaftliche Position hauptsächlich Frauen die Ausfälle der öffentlichen Leistungen durch ihre unbezahlte Arbeit auffangen.

„Die Entlastung der Staaten von sozialer Verantwortung und die Belastung der Frauen sind zwei Seiten derselben Medaille.“

Christa Wichterich, Soziologin, freiberufliche Publizistin, Buchautorin

Produktive und reproduktive (Care) Arbeit

Ob jemand als Mädchen oder Bub auf die Welt gekommen ist, bestimmt die Art der Arbeit, die diese Person heute leistet – und wie viel Geld sie damit verdient. Denn in den meisten Gesellschaften erfolgt die Arbeitsteilung zwischen produktiven und reproduktiven Tätigkeiten auf Basis des sozialen Geschlechtes. Unter produktiven Tätigkeiten werden vorrangig Tätigkeiten verstanden, welche Kapital produzieren. Es handelt sich dabei immer um marktbezogenen und Einkommen generierende Tätigkeiten – hier arbeiten traditionell mehr Männer, welche durchschnittlich besser als Frauen bezahlt werden. Reproduktive oder Care Tätigkeiten bezeichnen hingegen Aktivitäten in Zusammenhang mit der Versorgung und Entwicklung von Menschen und deren Zusammenleben: Kinderbetreuung, Altenpflege in der Familie, Haushaltsführung, Tätigkeiten im Bildungsbereich, Versorgung mit Grundnahrungsmitteln etc. Die reproduktiven Tätigkeiten werden zu einem Großteil von Frauen und oft als unbezahlte oder schlecht bezahlte Arbeit, erledigt.

In Ländern des Globalen Südens produzieren z. B. Frauen 80 % der Grundnahrungsmittel und trotzdem besitzen sie nur 10 % der Anbauflächen und weniger als 2 % aller Landtitel. Im Falle der produk-

tiven Arbeit ist eindeutig, dass Frauen vielerorts geringer bezahlt werden als Männer. In vielen, besonders schlecht bezahlten Branchen arbeiten überwiegend Frauen, die zusätzlich die Gefahren durch totale Abhängigkeit vom meist männlichen Arbeitgeber und den oft völlig unzureichenden Arbeits- und Gesundheitsschutz zu tragen haben.

Diese starke Trennung von Produktion und Reproduktion lässt sich auch auf den Philippinen finden: Männer verrichten hauptsächlich produktive Tätigkeiten, sie verdienen mehr, Hausarbeit ist Frauensache, und Frauen sollen meist nur hinzuverdienen. Schlecht bezahlte Berufe, wie LehrerIn werden überwiegend von Frauen ausgeübt. Die Landtitel gehen meist in den Besitz der Männer und Frauen sind stärker von Armut betroffen. Frauen haben werden auch im Zugang zu Ressourcen stark benachteiligt.

Die Erbringung von Care Tätigkeiten hat sich als zentrales Element der Auswirkungen von wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf Frauen und Männer erwiesen. Care Tätigkeiten werden auf unterschiedlichen Ebenen erbracht: einerseits durch die unbezahlte Arbeit im Haushalt und in der Gemeinschaft, andererseits durch bezahlte Leistungen von Seiten des privaten Sektors sowie durch öffentliche Dienstleistungen. Eine überproportional große Rolle spielt die unbezahlte Arbeit von Frauen im Haushalt und Gemeinschaft. Laut Human Deve-

lopment Report von 1995 macht der unbezahlte Sektor 70 % der gesamten globalen Wirtschaftsleistung aus. Wobei wiederum 70 % der unbezahlten Arbeit von Frauen erbracht wird. Im Zuge der Globalisierung gerät die Bereitstellung von bezahlten Care Leistungen durch den Staat und den privaten Sektor immer mehr unter Druck. Einerseits steigt der Wettbewerbsdruck in der Privatwirtschaft ständig an und andererseits kommt es im öffentlichen Sektor zu Einsparungsmaßnahmen, wodurch die Qualität und die Quantität der angebotenen Leistungen sinken. Die Reduzierung der öffentlichen Ausgaben führt zudem zu einer Kostenverlagerung zulasten der unbezahlten Care Arbeit oder der schlecht bezahlten Arbeit, die von weniger ausgebildeten Frauen und legalen oder illegalen ImmigrantInnen dominiert wird.

Kosten von Geschlechterungerechtigkeit

Das Bewusstsein, dass die weltweit bestehende Geschlechterungerechtigkeit ineffizient ist und nicht nur auf Kosten von Frauen, sondern auch auf Kosten von Kindern und vielen Männern geht, ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Die ökonomische Ermächtigung von Frauen würde besonders in Ländern des Globalen Südens die Möglichkeit eröffnen, von einer Verbesserung der grundsätzlichen Lebenssituation der Bevölkerung zu profitieren. So reduzieren z.B. laut Weltbank Geschlechterungerechtigkeiten die Produktivität der nächsten Generation. Die

Infobox: Care Arbeit und Migration

Der private Haushalt wird zu einem wichtigen Arbeitsplatz und steht damit in direkter Verbindung zu nationalen und internationalen Migrationsbewegungen. Oft sehen Frauen es als einzige Möglichkeit, ins Ausland zu gehen und dort einer – meist – illegalen Beschäftigung im bezahlten Pflege- oder Haushaltsbereich nachzugehen, um die zurückgelassene Familie versorgen zu können. Arbeitslosigkeit, schlechte staatliche Sozialleistungen, Gewalt und Umweltprobleme sind Beweggründe für Frauen zu migrieren. Es wird bereits von einer Feminisierung der Arbeitsmigration gesprochen. Dies scheint eine Reaktion auf die Nachfrage der Aufnahmeländer nach billigen Arbeitskräften im privaten Dienstleistungssektor zu sein. Darüber hinaus ist die feminisierte Arbeitsmigration eine Folge der verbesserten Bildungs- und Kommunikationssituation, sowie der ausgebauten Reisemöglichkeiten. Gerade diese Neuerungen führen zu einer transnationalen oder auch Pendelmigration: Viele Haushaltshilfen sind nur für kurze Zeit z.B. in Deutschland oder Österreich, um daraufhin in ein anderes Land weiterzuziehen und möglicherweise hier die gewünschten Ziele besser oder schneller zu erreichen. Ein regelrechter Weltmarkt für Haushaltsarbeiterinnen hat sich etabliert. Zahlreiche Vermittlungs- und Anwerbeagenturen bilden ein organisiertes Netzwerk. Die Folgen in den Heimatländern der Migrantinnen sind ambivalent. Einerseits profitiert die zurückgelas-

sene Verwandtschaft durch eine bessere ökonomische Situation, andererseits muss eben diese Familie im eigenen Land versorgt werden. Die eigenen Versorgungspflichten werden von anderen Frauen der Verwandtschaft oder Nachbarschaft aus noch ärmeren Verhältnissen übernommen, wodurch „globale Sorgeketten“ entstehen, die Länder und Erdteile umspannen. Der innerfamiliäre Status der migrierten Haus- und Pflegearbeiterinnen kann sich durch den finanziellen Beitrag für die Herkunftsfamilie zwar verbessern, an der geschlechtlichen Rollenverteilung können sich jedoch weder in den Herkunfts- noch in den Ankunftsorten große Veränderungen erkennen lassen. Die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern und zunehmend zwischen Frauen wird nicht thematisiert und entzieht sich daher der nötigen Kritik. Gerade die Einstellung von Haushaltshilfen hilft den „westlichen“ Frauen sich gleichberechtigt mit ihrem Mann zu fühlen – die Auslagerung der Hausarbeit hilft darüber hinwegzusehen, dass sich an der Arbeitsteilung im Grund nichts geändert hat.

Quelle: Nikola Haag, Daniela Schwiembacher: *Gender und Globalisierung. Care-Arbeit innerhalb einer globalisierten Lebenswelt. In: AEP. Feministische Zeitschrift für Politik und Gesellschaft. Nr. 1/2015, S. 26-29.*

Wahrscheinlichkeit, dass die Kinder zur Schule gehen, steigt mit dem Bildungsstand der Mutter, und ein Einkommen der Mutter hat einen positiven Einfluss auf die Haushaltsausgaben für Ernährung, Gesundheit und Bildung der Kinder.

Gleichzeitig ist es wichtig zu verstehen, dass vor diesem Hintergrund Frauen nicht als Ressource gesehen werden dürfen, welche zur Steigerung von Produktivität und Wachstum instrumentalisiert werden. Vielmehr muss aufgezeigt werden, dass die gesamte Gesellschaft davon profitiert, wenn Frauen Kontrolle über Ressourcen haben und umgekehrt die gesamte Gesellschaft darunter leidet, wenn dies nicht der Fall ist. Dabei muss aus feministischer Perspektive jedoch immer die Machtfrage zwischen den Geschlechtern gestellt werden. Denn die ungleichen Machtverhältnisse lösen sich durch die ökonomische Ermächtigung von Frauen nicht automatisch auf.

In den 1980/90er Jahren bildeten verschärfte Verteilungskonflikte im Zuge von staatlichen Budgetkürzungen und Sparmaßnahmen den Ausgangspunkt für internationale Gender Budgeting-Initiativen. Die Fragen, wem öffentliche Mittel zugute kommen bzw. wer die Budgetkürzungen zu tragen hat, gewannen immer mehr an Bedeutung. Mit Engendering Budgets (um die Geschlechterperspektive erweiterte Budgets) wird auch die Gesamtwirtschaft um die Kategorie Geschlecht/Gender erweitert. Wirtschaftspolitische Maßnahmen und Staatshaushalte können auf ihre geschlechtsspezifischen Auswirkungen hin entschlüsselt und somit alternative politische Handlungsstrategien entworfen werden. Bis heute haben sich Schätzungen zufolge seit der ersten Gender Budgeting-Initiative in Australien im Jahr 1984 weit über 60 Initiativen in allen Teilen der Welt entwickelt. Darunter auch in Chile, El Salvador, Tansania, Indien, die Philippinen etc. In Österreich wurde Gender Budgeting mit dem 1. Jänner 2009 in der Bundesverfassung verankert.



Quelle: Haag, Nikola / Schwiabacher, Daniel: Gender und Globalisierung. Care-Arbeit innerhalb einer globalisierten Lebenswelt. In: AEP. Feministische Zeitschrift für Politik und Gesellschaft. Nr. 1/2015, S. 28.

Quellen: BEIGEWUM: *Frauen macht Budgets. Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive*. Wien, 2002, S. 9, 35 – 36.; Knobloch, Ulrike: *Geschlechterverhältnisse in Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik*. In: *Widerspruch*, 32. Jg. 2013, 62, S. 62, 63.; Bergmann, Nadja et al.: *Gender Budgeting. Handbuch zur Umsetzung geschlechtergerechter Budgetgestaltung*. Wien, 2004. S. 7.; öko-fair: <http://www.oeko-fair.de/verantwortlich-handeln/frauen-entwicklung/frauen-fakten>, Zugriff am 20.08.2015.; Wien.at: <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/alltagundfrauen/verkehr.html>, Zugriff am 30.09.2015; Wichterich, Christa: *Haushaltsökonomien in der Krise*. In: *Widerspruch*, 32. Jg. 2013, 62, S. 68, 69.; Elson, Diane: *Integrating Gender into Government Budgets within a Context of Economic Reform*. In: *Buddender Debbie et al.: Gender Budgets make Cents*. London, 2002, S. 23, 24.; Reese, Niklas: *Armut unter Palmen. Soziale Sicherung, Bildung und Gesundheit in den Philippinen*. In: *Focus Asien*, 24, November 2005, S. 9

Gender Budgeting

Infobox: Was ist Gender?

Im Gegensatz zur deutschen Sprache hat die englische Sprache einen Begriff für die biologisch definierten Aspekte des Geschlechtes, nämlich „sex“, und einen Begriff für die sozial und kulturell definierten Aspekte des Geschlechts, eben „gender“. Da es im Deutschen nur einen Ausdruck für „Geschlecht“ gibt, wird, wenn die soziale Dimension von Geschlecht gemeint ist, also häufig der englische Begriff „gender“ zu Hilfe genommen. Dieser Begriff macht darauf aufmerksam, dass Geschlechterrollen keine „natürlichen“ Tatsachen, sondern historisch entstanden sind.

Das soziale Geschlecht ist im Gegensatz zum biologischen Geschlecht ein durch geschlechtsspezifische Zuweisungen erworbener Status. Gender bezeichnet also die Vorstellungen einer Gesellschaft über Geschlecht und Geschlechterrollen (Welche Geschlechter gibt es und wie werden sie unterschieden?). Damit sind Erwartungen, Eigenschaften, Rollenbilder, Handlungsmuster etc. gemeint: Wie haben Frauen/Männer/Transgender zu sein? So ist beispielsweise die Tatsache, dass Frauen Kinder gebären können auf das biologische Geschlecht zurückzuführen. Dass Frauen in unserer Gesellschaft aber nahezu automatisch für die Betreuung, Pflege und Erziehung verantwortlich gemacht werden, hat keine „natürlichen“ Ursachen, sondern erfolgt aufgrund sozialer Zuschreibungsprozesse. Das soziale Geschlecht ist dabei ein kulturelles, historisches, gesellschaftliches und ideologisches Konstrukt. Die Vorstellungen über die Rollen der Geschlechter sind in verschiedenen Gesellschaften und Kulturen unterschiedlich. Aber auch in ein und derselben Gesellschaft gestalten einzelne Personen ihre Rolle als Frauen/Männer/Transgender sehr vielfältig.

Quellen: Netzwerk österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen: Was ist Gender Budgeting? Innsbruck, 2009.; Mader, Katharina: Gender Budgeting. Geschlechtergerechte Gestaltung von Wirtschaftspolitik. In: Wirtschaft und Politik, herausgegeben vom Forum Politische Bildung. Informationen zur Politischen Bildung Bd. 33. Innsbruck-Wien-Bozen, 2010, S., 45.; BEIGEWUM: Frauen macht Budgets. Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive. Wien, 2002, S. 13, 14.

Die Idee der Gender Budgets entstand im Kontext nationaler und internationaler feministischer Bewegungen und gewann international vor allem durch die Empfehlung der Beijing Platform for Action der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking im Jahr 1995 an Bedeutung: Paragraph 345 fordert „the integration of a gender perspective in budgetary decisions on policies and programmes, as well as adequate financing of specific programmes for securing equality between women and men“ (<http://www.un.org/womenwatch/daw/beijing/platform/plat2.htm>).

Hiermit wurde die Notwendigkeit der Integration der Geschlechterperspektive in Staatshaushaltsentscheidungen und somit die Notwendigkeit von Gender Budgets festgehalten. In weiterer Folge engagierten sich internationale Organisationen wie das United Nations Development Programme (UNDP), die Weltbank, der Internationale Währungsfonds (IWF), die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Asian Development Bank, ebenso wie in Europa der Europarat, das Europäische Parlament und die Europäische Kommission für eine Verbreitung von Gender Budgeting-Initiativen. Gender Budgeting-Initiativen haben die Absicht, zu untersuchen, ob Budgets Geschlechtergerechtigkeit fördern oder verhindern. Die Schlüsselfragen dabei lauten: Welche Auswirkungen haben budgetpolitische Größen und Maßnahmen auf die Gleichstellung der Geschlechter? Wie können diese gestaltet werden, damit sie einen Beitrag zu mehr Gerechtigkeit zwischen Frauen und Männern leisten?

Öffentliches Budget

Das öffentliche Budget ist Ausdruck bestimmter wirtschaftspolitischer Zielsetzungen, die verfolgt werden. Das Budget ist Resultat politischer Entscheidungen darüber, wie bzw. von wem Einnahmen erhoben und für welche Zwecke, also für wen, Ausgaben getätigt werden. Es ist somit zentrales wirtschaftspolitisches Instrument der Verteilung und kann gesellschaftliche Macht- und Eigentumsverhältnisse verändern oder verfestigen. Das öffentliche Budget ist also ein wichtiges Feld der politischen Auseinandersetzung, wo unterschiedliche Gruppen um die Durchsetzung ihrer Interessen kämpfen. Ob Vermögen besteuert werden oder die Mehrwertsteuer erhöht wird, ob es mehr Geld für Bildung und Pflege, für öffentlichen Wohnbau und öffentlichen Verkehr oder für den Ausbau von Straßen gibt, sind Fragen, die für alle Menschen in einer Gesellschaft relevant sind. Eine Auseinandersetzung mit dem öffentlichen Budget ist daher eine

Auseinandersetzung mit Gerechtigkeits- und Zukunftsfragen. Öffentliche Ausgaben haben demnach einen großen Einfluss auf das Leben von Frauen und Männern. Budgets spiegeln die gesellschaftlichen Prioritäten eines Staates sowie die Geschlechterverhältnisse wieder.

Was bedeutet Gender Budgeting?

Gender Budgeting bedeutet, dass die Geschlechterperspektive bei der Erstellung von öffentlichen Budgets berücksichtigt wird. Öffentliche Budgets sollen so geplant werden, dass für die Anliegen von Frauen und Männern gleich viele Mittel zur Verfügung stehen. Es handelt sich dabei also nicht um separate Budgets für Frauen, vielmehr geht es um die Erweiterung der traditionellen Budgeterstellung um die Gender Perspektive. Denn wirtschafts- und budgetpolitische Entscheidungen sind keineswegs (geschlechts-)neutral. Dies lässt sich in den Ländern des Globalen Südens beispielsweise am Einsatz von gentechnisch verändertem Saatgut, einem gewinnträchtigen Bereich, zeigen. Der in vielen Ländern stark forcierte Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen hat starke Rückwirkungen auf die traditionelle Landwirtschaft: die vor allem von Frauen kleinräumig betriebene Subsistenzwirtschaft wird zugunsten von Exportanbau verdrängt. Damit geht eine wichtige Lebensgrundlage verloren, was das Arbeits- und Lebensumfeld von Frauen entscheidend ändert. Der Verlust von eigenständigen Lebensräumen drängt Frauen in Abhängigkeitsverhältnisse oder auf den Arbeitsmarkt.

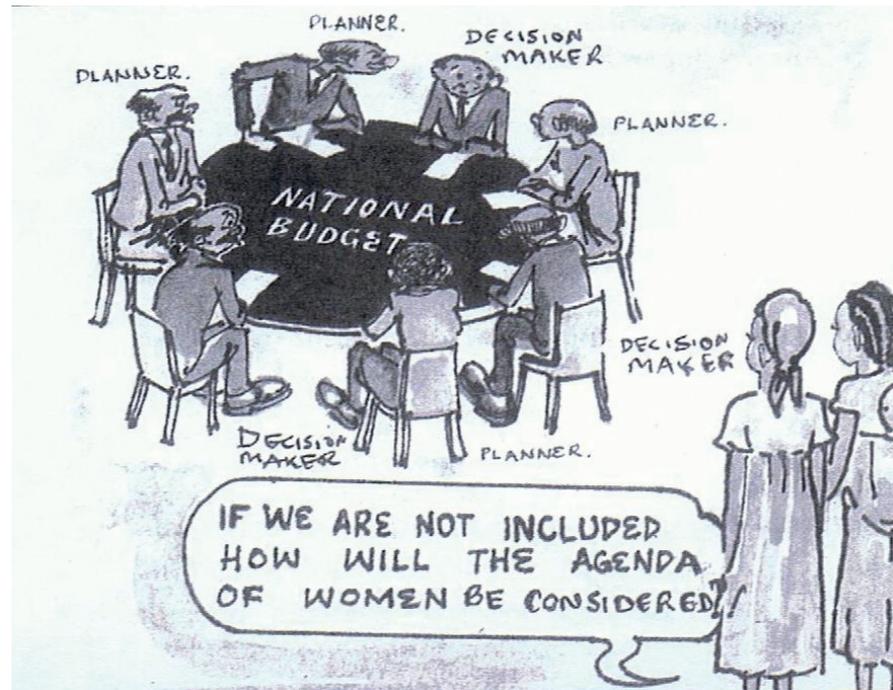
Was will Gender Budgeting erreichen?

Das Ziel von Gender Budgeting ist, auf die Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen gezielt einzugehen. Zunächst müssen die Prioritäten von Budgets sichtbar gemacht werden. Es muss die Annahme durchbrochen werden, dass öffentliche Budgets alle Bürgerinnen und Bürger in gleicher Art und Weise betreffen und daher die Bedürfnisse einer Durchschnittsperson befriedigen.

Die Ausgaben und Einnahmen müssen in weiterer Folge so geplant werden, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern gefördert wird. Die Erstellung von Budgets soll transparenter werden und neue Möglichkeiten der Mitsprache sollen eröffnet werden. Geschlechtergerechte Budgetpolitik will zu mehr Verteilungsgerechtigkeit in der Gesellschaft führen.

Öffentliche Budgets müssen daher:

- die ungleiche Verteilung zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit (Betreuungs- und Hausarbeit) zwischen Männern und Frauen verringern.



Quelle: Klatzer, Elisabeth: Genderbudgets. Feministische Aneignung eines zentralen Machtinstrumentes. In *Frauensolidarität*, 2001, 4. S. 9.

- die Unabhängigkeit – insbesondere die ökonomische – von Frauen stärken und Armut vermeiden.
- Freiheit von struktureller, physischer und psychischer Gewalt ermöglichen bzw. sicherstellen, z. B. durch die Förderung von Frauenberatungseinrichtungen und spezifischen Frauenprojekten, Förderung von Gewaltschutzzentren und Bewusstseinsbildungsmaßnahmen.
- die Teilhabe von Frauen an der Gesellschaft, Politik und dem öffentlichen Leben stärken, z. B. durch die Förderung von Frauen auf Regierungs- und Verwaltungsebene, durch die Anwendung transparenter Kriterien bei der Besetzung von Leitungspositionen, durch die Schaffung von Mechanismen und Ausbildungsmöglichkeiten, um Frauen zu ermutigen, sich an politischen Aktivitäten zu beteiligen und in anderen Führungsbereichen mitzuwirken, durch Entwicklung von Berufsförderungsprogrammen für Frauen aller Altersstufen etc.
- dazu beitragen, die Lohnschere zwischen Männern und Frauen zu schließen, wie z. B. durch die Angleichung des Lohnniveaus der im Sozialbereich Beschäftigten (Pflege, Kinderbetreuung etc.) an das durchschnittliche Einkommen von Angestellten.
- Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie schaffen.
- eine Wirtschaft und Gesellschaft fördern, die nachhaltig die Lebensqualität für alle hebt.

Auf der persönlichen Ebene will Gender Budgeting zudem zum Empowerment, zur Ermächtigung, von Frauen folgendermaßen beitragen:

- Engendering Budgets sollen dazu beitragen, dass die innere Macht von Frauen gestärkt wird: ihr Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl, ihre Selbstsicherheit. Zum Beispiel durch eine gendergerechte Bildungspolitik in Kindergarten, Schule, Lehre, Universität.
- Engendering Budgets sollen dazu beitragen, dass Frauen befähigt werden, in Familie und Gesellschaft frei mitentscheiden zu können. Zum Beispiel durch eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit für eine bessere work-life-Balance und eine gerechtere Aufteilung von unbezahlter Haus- und Familienarbeit, durch Förderung von Frauen in der Politik sowie durch gendersensible Bildung an Schulen und gendersensible Erwachsenenbildung etc.
- Engendering Budgets sollen dazu beitragen, dass Frauen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um sich mit anderen Frauen zu organisieren, zusammenzuschließen, Netzwerke zu bilden, um gemeinsam für ihre Anliegen einzutreten.

- Engendering Budgets sollten das Ziel haben, zum persönlichen, rechtlichen, politischen, kulturellen, sozialen und ökonomischen Empowerment von Frauen beizutragen.

Quellen: Mader, Katharina: Gender Budgeting: Ein emanzipatorisches, finanzpolitisches und demokratiepolitisches Instrument. Peter Lang GmbH, 2009. S. 68.; Mader, Katharina: Gender Budgeting. Geschlechtergerechte Gestaltung von Wirtschaftspolitik. In: Informationen zur Politischen Bildung, Bd. 33, Innsbruck-Wien-Bozen, 2010. S. 46.; Wege aus der Krise: Zivilgesellschaftliches Zukunftsbudget 2015. Attac Österreich, 2015. S. 7, 13, 16.; Netzwerk österr. Frauen- und Mädchenberatungsstellen. EU-Strategie Gender Budgeting. Was ist Gender Budgeting? Innsbruck, 2009. S.9.; Mader, Katharina: Staatsfinanzen und Care-Ökonomie. In: Widerspruch, 32. Jg. 2013, 62. S. 27.; BEIGEWUM: Frauen macht Budgets. Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive. Wien, 2002. S. 15, 16.; Bergmann, Nadja et al.: Gender Budgeting. Handbuch zur Umsetzung geschlechtergerechter Budgetgestaltung. Wien, 2004. S. 13.

Infobox: Gender Budgeting in Österreich

In Österreich hat bereits im Jahre 1928 die Politikerin und Abgeordnete zum Nationalrat Gabriele Proft darauf hingewiesen, dass ein Großteil der gesellschaftlich notwendigen Arbeiten von Frauen erledigt wird und ihnen dafür nur wenige Budgetmittel zur Verfügung stehen. Diese Tatsache blieb jedoch bis in die 1990er Jahre unbeachtet.

Erst im Jahr 2000 wurde im Umfeld des „Beirats für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen“ (BEIGEWUM) ein Arbeitskreis zum Thema Budget und Frauen initiiert. Der Arbeitskreis hatte es sich zur Aufgabe gemacht, Gender Budgeting in die österreichische politische Debatte einzubringen und die Regierung an ihre Verpflichtungen in diesem Zusammenhang zu erinnern. Die Lobby-Arbeit für Gender Budgeting hat in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass zunehmend öffentliche Aktivitäten zu Gender Budgeting erkennbar sind. Auf Gemeinde-, Bezirks-, Landes- und Bundesebene haben sich österreichische Regierungen dem Thema angenommen.

2007 wurde eine Verfassungsnovelle beschlossen, welche mit 01.01.2009 die Bundesregierung auffordert, mittels der Budgetpolitik die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern anzustreben. Jedes Bundesministerium ist angehalten, den jeweiligen Betrag auszuweisen, welcher zur tatsächlichen Gleichstellung von Männern und Frauen ausgegeben wurde.

Ab 1. Jänner 2013 gilt zudem Artikel 51, Absatz 8 des Bundesverfassungsgesetzes: „Bei der Haushaltsführung des Bundes sind die Grundsätze der Wirkungsorientierung insbesondere auch unter Berücksichtigung des Ziels der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern, der Transparenz, der Effizienz und der möglichst getreuen Darstellung der finanziellen Lage des Bundes zu beachten.“

Obgleich Gender Budgeting in Österreich im Bundeshaushaltsrecht und in der Finanzverfassung verankert ist, ist es zurzeit noch nicht viel mehr als ein Schlagwort. Es sind kaum merkliche Verbesserungen der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern vom Budget ausgegangen. Frauen verdienen durchschnittlich immer noch 40 % weniger als Männer, sie arbeiten häufiger in Teilzeit, in Niedriglohnbereichen und im Bereich der sozialen Dienste, wie der Kinderbetreuung oder im Gesundheits- und Pflegesektor. Frauen, vor allem Alleinerzieherinnen und Pensionistinnen, zählen zu den am stärksten von Armut betroffenen Gruppen in Österreich. Gerade in der Zeit der Wirtschafts- und Finanzkrise wird die Gleichstellung der Geschlechter hintangestellt. Geschlechtereffekte der Konsolidierungs- und Sparpolitik werden verschwiegen. Kürzungen von öffentlichen Ausgaben und von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen sowie Anstrengungen, den öffentlichen Sektor zu verkleinern, treffen vor allem Frauen. Insbesondere dann, wenn diese die zunehmend fehlenden sozialen Transfers, Güter und Dienstleistungen durch unbezahlte Arbeit kompensieren müssen. Lückenhafte Kinderbetreuungsmöglichkeiten, mangelnde öffentliche Verkehrsverbindungen im ländlichen Raum und fehlende Pflegeeinrichtungen befördern diese Situation.

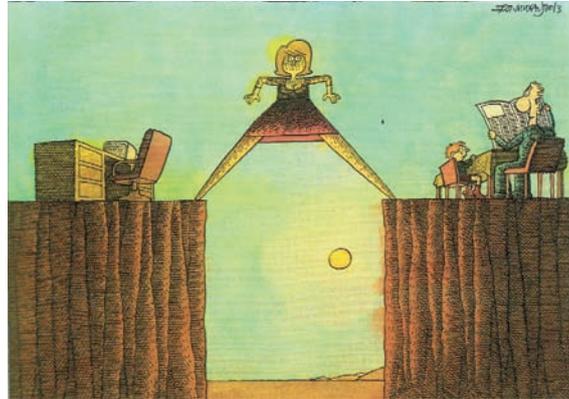
Quellen: Mader, Katharina: Gender Budgeting. Geschlechtergerechte Gestaltung von Wirtschaftspolitik. In: Wirtschaft und Politik, herausgegeben vom Forum Politische Bildung. Informationen zur Politischen Bildung Bd. 33. Innsbruck-Wien-Bozen, 2010, S 47-49.; Wege aus der Krise: Zivilgesellschaftliches Zukunftsbudget 2015. Attac Österreich, 2015. S. 11.; Netzwerk österr. Frauen- und Mädchenberatungsstellen. EU-Strategie Gender Budgeting. Was ist Gender Budgeting? Innsbruck, 2009.; Mader, Katharina: Staatsfinanzen und Care-Ökonomie. In: Widerspruch, 32. Jg. 2013, 62, S. 27.

(Geschlechter-)Gerechte Wirtschaftspolitik durch Gender Budgeting

Das öffentliche Budget ist die Konkretisierung der geplanten Aktivitäten einer Regierung und somit in Zahlen gegossene Politik. Wofür öffentliche Gelder ausgegeben werden und wer in welchem Ausmaß besteuert wird, bestimmt letztlich, wie umverteilend, wie ökologisch nachhaltig und wie sozial gerecht Budgetpolitik ist. Es ist die Aufgabe des Staates, Gleichstellungspolitik u.a. mittels gendergerechter Budgetpolitik zu betreiben. Mädchen und Frauen muss die Möglichkeit gegeben sein, ihre Fähigkeiten zu entwickeln, damit sie ein reichhaltiges und erfülltes Leben führen können. Frauen sollen nicht mittels Budgetpolitik in bestimmte Lebensformen gelenkt werden. Vielmehr sollen mittels gendergerechter Budgetpolitik Voraussetzungen geschaffen werden, damit Frauen die autonome Wahl für ihre Lebensgestaltung offen steht. Die Aktivitäten des öffentlichen Bereichs sind dabei für Frauen von besonderer Bedeutung. Einerseits als Beschäftigungssektor, welcher die Möglichkeit zu mehr Chancengleichheit eröffnet und andererseits zur Reduzierung von Belastungen durch die unbezahlte Care Arbeit durch öffentliche Güter und Dienstleistungen, Altenpflege, Kinderbetreuungsplätze etc. Die Organisation von Care Arbeit in einer Gesellschaft spielt bei der Gestaltung einer gerechten Wirtschafts- und Budgetpolitik eine zentrale Rolle.

Frauen leisten den Großteil der unbezahlten Care Arbeit, d.h. der Haushaltsarbeiten, der Kinderbetreuung, der Pflege der älteren Familienmitglieder. Aber auch bei der bezahlten Care Arbeit finden sich mehr Frauen als Männer: z.B. als Krankenpflegerinnen, Kindergärtnerinnen, Lehrerinnen – oft in Berufen, die trotz ihrer enormen Wichtigkeit (und trotz körperlicher und seelischer Belastung) weit schlechter bezahlt sind, als die meisten von Männern dominierten Berufe. Die spezifischen Bedürfnisse der arbeitenden Frauen bleiben dabei weitgehend unberücksichtigt.

Care Arbeit ist daher ein Schlüsselaspekt, um festzustellen, wie sich das öffentliche Budget auf die Geschlechtergerechtigkeit auswirkt. Wie die Care Arbeit verteilt ist und wie Care Arbeiten honoriert werden daraus lässt sich schließen, ob das Budget so gestaltet ist, dass es zu mehr Verteilungsgerechtigkeit zwischen den Geschlechtern führt. Für den Staat besteht dahingehend die Aufgabe, genügend



Quelle: Copyright Delcho Mihajlov. In: Jerman, Tina (Hgin.): FrauenWelten. Internationale Karikaturen. Essen, 2003, S. 11.

finanzielle Mittel für Care Arbeiten zur Verfügung zu stellen. Die bezahlte reproduktive Arbeit muss sozial- und arbeitsrechtlich gut abgesichert sein. Weiters muss darauf geachtet werden, dass existenzsichernde Löhne gezahlt werden.

Für die unbezahlte Care Arbeit gilt, dass diese zwischen Frauen und Männer besser aufgeteilt werden muss. Frauen müssen entlastet werden, indem Männer unbezahlte reproduktive Tätigkeiten übernehmen, wie Kinderbetreuung, Pflege von Familienmitgliedern, Hausarbeiten etc.

Es braucht also eine Umverteilung und Neubewertung von Arbeit, damit die gesellschaftliche notwendige und ökonomisch bedeutsame Care Arbeit nicht weiter reprivatisiert, refamilialisiert, marginalisiert und entwertet wird. Care Arbeit muss in Zukunft als Basis jedes Wirtschaftens und jeder wirtschafts- und budgetpolitischen Strategie verstanden werden. Die Versorgung und Reproduktion von Gesellschaft und Natur muss Vorrang vor Wachstum und Profit haben. Denn beim Wirtschaften geht es letztlich um nichts anderes als um die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, die Versorgung mit dem nicht bloß zum Leben, sondern zum guten Leben Notwendigen, eben auch um die Versorgung mit möglichst guter Betreuung und Pflege. Gender Budgeting, mit der zentralen Aufgabe dafür zu sorgen, dass Menschen gut leben, gut aufwachsen und in Würde altern können, kann hierfür ein Instrument bilden.

Quellen: Bergmann, Nadja et al.: *Gender Budgeting. Handbuch zur Umsetzung geschlechtergerechter Budgetgestaltung*. Wien, 2004. S. 13.; *Wege aus der Krise: zivilgesellschaftliches Zukunftsbudget!* Wien, 2015, S. 7.; Mader, Katharina: *Staatsfinanzen und Care-Ökonomie*. In: *Widerspruch*, 32. Jg. 2013, 62, S. 25, 27-29.; Wichterich, Christa: *Ein feministischer Blick auf Krisen, Kapital und Kosten*. In: Rbert P. Brenner et. al: *Kapitalismus am Ende? Attac: Analysen und Alternativen*. Hamburg, 2009, S. 88.; Knobloch, Ulrike: *Geschlechterverhältnisse in Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik*. In: *Widerspruch*, 32. Jg. 2013, 62, S. 64.

Koalition für eine öffentliche Entschuldung (FDC), Philippinen

Projektnummer 329.000-F13/00266

Feministische Perspektiven auf Staatsschulden

Steckbrief

FDC (Freedom from Debt Coalition) wurde 1987 gegründet und entstand ursprünglich als Koalition verschiedener zivilgesellschaftlicher Gruppen, die sich dem Thema öffentliche Verschuldung annahmen. FDC zweifelt an der Legitimität vieler öffentlicher Schulden und versucht die Rückzahlungspflicht dieser Schulden anzufechten. Dies sind Schulden welche z. B. in der Zeit der Marcos Diktatur entstanden sind oder welche von internationalen und nationalen Finanzinstitutionen für fragwürdige Projekte, welche der Bevölkerung mehr schaden, als zugutekommen, vergeben werden. Die öffentliche Verschuldung macht in den Philippinen ca. ein Viertel des jährlichen Staatsbudgets aus und schmälert

Infobox: Gender Budgeting auf den Philippinen

Gender Budgeting wurde auf den Philippinen bereits 1996 eingeführt. Dabei wurde festgelegt, dass alle staatlichen Einrichtungen 5 % ihres Budgets für Maßnahmen für mehr Geschlechtergerechtigkeit und für Entwicklung ausgeben sollen. Um einer vagen und nicht messbaren Implementierung vorzubeugen wurde dieser niedrige Prozentsatz festgelegt, obwohl dadurch die Gefahr besteht, den marginalisierten Zugang von Frauen zu Ressourcen zu verstärken. Das Gender und Development (GAD) Budget wurde damals mit Unterstützung des Präsidenten Ramos eingeführt. Es wurde als strategischen Weg gesehen, um den Philippinischen Entwicklungsplan für Frauen zu finanzieren. 1998 waren alle staatlichen Einrichtungen angehalten, einen Plan für ein Gender und Development Budget zu formulieren und diesen der Nationalen Kommission für Angelegenheiten philippinischer Frauen (NCRFW) vorzulegen. Mitglieder von NCRFW sind bei den nationalen Budgetbesprechungen anwesend.

Bis heute ist es jedoch noch nicht gelungen, dass das GAD Budget von allen staatlichen Einrichtungen umgesetzt wird. Über dreihundert staatliche Einrichtungen liefern keine Berichte über die getätigten Maßnahmen ab und noch viele mehr erreichen bei weitem nicht die 5 % oder geben die Gelder für andere Maßnahmen aus. Ein Großteil der Summen entfiel auf die Bereiche Gesundheit und Landwirtschaft. Auch wenn das NCRFW über die Jahre zu einer relativ großen Organisation angewachsen ist, ist es ihnen bei weitem nicht möglich, alle staatlichen Einrichtungen zu beraten und zu überprüfen. Ein großes Problem ist diesbezüglich, dass auf den Philippinen kein Verständnis für die Auswirkungen von wirtschaftspolitischen Entscheidungen auf Frauen vorhanden ist. Die 5 % werden nur dann effektiv eingesetzt werden, wenn es ein Bewusstsein dafür gibt, dass Frauen und Männer von budgetpolitischen Maßnahmen unterschiedlich betroffen sind und Frauen durch die patriarchalen Machtstrukturen in der Budgetpolitik benachteiligt sind. Ist dieses Bewusstsein erstmals vorhanden, müssten die Budgets jedoch zu 100 % geschlechtergerecht gestaltet werden.

Quelle: Hawke Research Institute: *Gender Responsive Budgeting in the Asian Pacific Region. Republic of the Philippines.* www.unisa.edu.au/genderbudgets, Zugriff am 27.08.2015



deutlich die Budgets für soziale Leistungen. Die Kosten der Einsparungen der öffentlichen Güter und Dienstleistungen werden auf die Gemeinden und privaten Haushalte verlagert, welche die Hauptlast der Entschuldung tragen müssen.

FDC möchte durch Anwaltschaft und Kampagnenarbeit das Bewusstsein der Bevölkerung für wirtschafts- und sozialpolitische Themen sensibilisieren und auf Missstände aufmerksam machen. FDC ist es ein wichtiges Anliegen, politische und strukturelle Änderungen auf den Philippinen zu erwirken. So gab es die Kampagne „six will fix“ in welcher sie fordern, dass 6 % des BIP für Bildung ausgegeben werden. Oder die Kampagne „give me 5“, in welcher sie fordern, dass 5 % des BIP für Gesundheit ausgegeben werden. Dies wären die empfohlenen Werte von UNESCO (Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur) und WHO (Weltgesundheitsorganisation)

1990 gründete FDC ein Frauenkomitee, welches gezielt Kampagnen im Bereich feministischer und alternativer Wirtschaftsmodelle entwirft und durchführt. Öffentliche Diskurse und politische Entscheidungen sollen damit beeinflusst werden. Gerade auf die geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Gesetzesentwürfen, Budgetentscheidungen und politischen Programmen wird vom Frauenkomitee ein besonderes Augenmerk gelegt. Denn speziell Frauen sind von den Einsparungen der staatlichen Sozialleistungen betroffen. Frauen und Männer sind auf den Philippinen unterschiedlich sozial situiert, mit unterschiedlichen zugeschriebenen Rollen und Verantwortlichkeiten. So sind die finanziellen Mit-

tel, welche die Familie für Gesundheit und Bildung benötigt, auf den Philippinen zu einem Großteil von den Frauen aufzubringen.

Bereits die Deckung des häuslichen Grundbedarfs der Familie bedeutet für viele Frauen daher eine stetig steigende Verschuldung, sie müssen mehrere Jobs annehmen oder ihre eigenen gesundheitlichen Anliegen zurückstecken. Von den Erwerbstätigen waren 2009 nur 38,7 % Frauen. Meist finden Frauen nur als Heimarbeiterinnen eine Beschäftigung, bei welcher sie ständiger Jobunsicherheit ausgesetzt sind und keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben. Dass sich der Staat aus der Verantwortung zieht, wesentliche soziale Leistungen zu erbringen, wird also vor allem auf dem Rücken der Frauen ausgetragen.

Im Jahr 1996 wurde von der damaligen Regierung beschlossen, dass alle staatliche Einrichtungen (national, regional und lokal) mindestens 5 % ihres Budgets für Gender and Development (Gender und Entwicklung) Maßnahmen ausgeben. Dies wird jedoch kaum eingehalten, es gibt keine Kontrollmechanismen und die Interpretation, was alles unter diese 5 % fällt, ist sehr eigenwillig so werden auch Schönheitswettbewerbe eingerechnet. FDC setzt sich stark dafür ein, dass aufgezeigt wird, wofür dieses Geld tatsächlich verwendet wird. Unermüdlich erinnert



FDC in politischen Lobbyinggesprächen und Demonstrationen nationale wie lokale Behörden an ihre Verpflichtung und mahnt eine sinngemäße Verwendung der Gelder und eine geschlechtergerechte Budgetpolitik ein.

Infobox: Ländervergleich Philippinen – Österreich

Die Philippinen bestehen aus insgesamt 7.107 Inseln, von denen 3.144 mit einem Namen benannt und etwa 880 bewohnt sind. Von den 7.107 Inseln haben lediglich elf eine Fläche von mehr als 2.500 km² (zum Vergleich: Vorarlberg hat 2.600 km²)

		
Merkmal		
Landfläche	82.409 km ²	298.170 km ²
Bevölkerung	8.479 Millionen	98.393 Millionen
Bevölkerungsdichte	103 Personen je km ²	330 Personen je km ²
Bevölkerung unter 15 Jahren	14,5 % der Gesamtbevölkerung	34,1 % der Gesamtbevölkerung
Bevölkerung ab 65 Jahren	18,4 % der Gesamtbevölkerung	3,9 % der Gesamtbevölkerung
Lebenserwartung – Männer	78,5 Jahre	65,4 Jahre
Lebenserwartung – Frauen	83,4 Jahre	72,2 Jahre
Ärztendichte je 10.000 EinwohnerInnen	48	12
Säuglingssterblichkeit je 1.000 Lebendgeburten	3	24
Öffentliche Ausgaben für Bildung	5,8 % des BIP	2,7 % des BIP
Erwerbslosenquote	4,9 %	7,1 %
Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe	37,86 EUR pro Stunde	1,9EUR pro Stunde
Ausgaben privater Haushalte für Nahrungsmittel	10 % der Konsumausgaben insgesamt	43 % der Konsumausgaben insgesamt
Biologische Anbaufläche	17 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche	0,7 % der landw. genutzten Fläche
Straßenverkehrsnetz, Gesamtlänge	114.590 km	201.801 km
Schiennetz, Gesamtlänge	4.985 km	479 km

Quelle: aus internationalen Datenquellen, zusammengetragen vom statistischen Bundesamt Deutschlands auf www.destatis.de

Yuen Abana, 52 Jahre

Aktivistin, Gemeindesprecherin für Frauen auf dem Arbeitsmarkt und Führungsmitglied von FDC seit 2015.

Trotz hoher Preise für Waren des täglichen Bedarfs, rasant steigenden Strompreisen, unzureichender Wasserversorgung, niedrigen Löhnen, Bedrohung des Wohnsitzes, steigende Kosten für Bildung und schwindende Sozialleistungen des Staates, verliert Yuen Abana ihren Optimismus nicht, wenn sie mit den Frauen in den Fabriken (und manchmal auch an den Streikpostenketten) in armen urbanen Gemeinschaften zusammenarbeitet. Als Frau ist sie mit vielen Herausforderungen konfrontiert und doch schafft sie es, ihr Familienleben und ihr Engagement als erfahrene Aktivistin von FDC und der Partido Manggagawa (Arbeiterpartei) in Balance zu halten.



Unermüdlich arbeitet sie daran, Frauen zu organisieren: in Fabriken, bei Streikposten und an der Basis. Sie organisiert konkrete und wichtige Aktionen: von Straßenprotesten gegen die Privatisierung von grundlegenden Dienstleistungen bis zu Dialoggesprächen mit RegierungsvertreterInnen über die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen. Yuen glaubt an die Stärke von Frauen und der

Bevölkerung. Durch ihre aktive Mitarbeit im Frauenkomitee hilft sie, die Kampagnen von FDC zu tragen und Forderungen zu stellen.

Yuen Abana im Interview mit der kfb:

Welche Erwartungen hast du an die FDC Kampagnen?

Ich kenne FDC als breite und starke Verbindung, die Anwaltschaft für ökonomische Gerechtigkeit betreibt. Ich glaube, dass FDC den richtigen Weg geht, um soziale Gerechtigkeit zu erkämpfen und auch ein tiefes Verständnis von der Situation hat, vor allem in Bezug auf Frauen. FDC nutzt den feministisch-ökonomischen Standpunkt, um den Diskurs um Frauen auf den Philippinen voranzutreiben.

Welchen Einfluss hatte das Engagement bei FDC auf dein Leben?

Mein Engagement bei FDC hat mich als Frau selbstbewusst gemacht. Es hat mein Bewusstsein geöffnet: ich habe verstan-

den, dass Frauen, wenn es um ihre Anliegen und ihre Marginalisierung geht, auch von Frauen selbst geleitet werden sollten. Der Kampf um ökonomische Teilhabe sollte von Frauen geführt werden – für unsere eigene Emanzipation. Mein Engagement mit FDC hat mich gelehrt, verschiedensten Menschen, wie Regierungspersonen oder reichen Menschen aus dem Privatsektor, gegenüberzutreten, wenn wir den Dialog suchten oder Proteste organisierten. Auch meine Fähigkeit, Kampagnen zu planen und zu organisieren ist gewachsen.

Wer willst du in 10 Jahren sein?

In 10 Jahren würde ich mich gerne als noch effizientere Führungskraft für die Frauenbewegung entwickelt haben. Ich würde gerne Erfolge für die Frauen sehen. Ich wäre gerne Teil der Siege, die FDC erreichen wird, vor allem bei der wirtschaftlichen Teilhabe der Frauen. In den nächsten zehn Jahren werde ich weiterhin daran arbeiten, als weibliche Führungskraft wahrgenommen zu werden, die eine große Basis an Frauen mobilisieren kann – Frauen sowohl aus der Arbeitswelt, als auch aus der Basis.

Was denkt dein Mann über dein Engagement bei FDC?

Mein Mann war auch ein Aktivist der ArbeiterInnenbewegung und er hat mich nicht anders behandelt, als er andere AktivistInnen behandelt hätte. Aber am Anfang blieben unsere Rollen zuhause sehr traditionell: er erwartete, dass ich ihn umsorge und bediene – obwohl wir Arrangements über den Haushalt getroffen haben, weil wir beide sehr beschäftigt sind. Aber durch meine Arbeit beim FDC Frauenkomitee wurde er durch unsere Diskussionen beeinflusst. Das hat dazu beigetragen, dass er langsam seine traditionelle Prägung veränderte. Die Haushaltsführung, die zuvor für Spannungen zwischen uns sorgte, wurde leichter zu managen, da er freiwillig mehr übernahm. Mittlerweile jedoch sind wir getrennt – denn er hat sich mit einer anderen Frau eingelassen.

Was würden die Frauen in der Region über FDC's Arbeit sagen?

Ich ermutige die Frauen mit denen ich arbeite, nicht länger unsicher zu bleiben, sondern Erfahrungen zu sammeln. Meine Erfahrung zeigt mir, dass dies notwendig ist, um eine gute Führungskraft zu sein. Aber das Wissen sollte nutzbar sein für die konkreten Situationen, in denen die Frauen sind – und sollte für die Frauen wichtig sein. Zum Beispiel sollen in der Bildungsarbeit an der Basis verschiedene Methoden angewandt werden: Zeichnungen, Graphiken, bewegte Methoden.

Ich sage stets, das FDC nur die Hälfte der benötigten Arbeit ist – wir Frauen sind verantwortlich für die zweite Hälfte! Nur mit unserem eigenen Einsatz als Frauen können wir den Kampf um unsere wirtschaftliche Gerechtigkeit gewinnen!

Gloria Santos, 58 Jahre

Aktivistin, Kindergartenpädagogin und Führungsmitglied von FDC seit 2000.

Seit Ende der 1990er Jahre engagiere ich mich in meiner Gemeinde dafür, dass die Frauen über ihre Rechte Bescheid wissen und wissen wo und wie sie diese einfordern können. Ich war Mitbegründerin der Frauenorganisation Kumpas, welche Mitglied von FDC ist. Durch die Arbeit bei FDC habe ich noch mehr Selbstvertrauen erhalten, wenn es darum geht die BewohnerInnen in meiner Gemeinde zu mobilisieren und zu organisieren, um ihre Rechte, gerade in Bezug auf Bildung, einzufordern. So war ich auch essentiell am Aufbau eines Alternativen Lernsystems in meiner Gemeinde beteiligt und gebe nun auch innerhalb dieses Programmes Unterricht. Dies kommt besonders den BewohnerInnen zugute, welche aufgrund von Armut keinen Schulabschluss erreichen konnten.

Ich bin verheiratet und habe drei Kinder und einen Enkelsohn, um welchen ich mich kümmere. Neben meiner Tätigkeit als Kindergartenpädagogin und Erwachsenenbildnerin bin ich auch immer aktivistisch tätig. Die Ungerechtigkeiten und Korruption ausgehend von Regierungsmitgliedern und BeamtenInnen müssen aufgezeigt und bekämpft werden. Gelder, die in die Taschen von korrupten PolitikerInnen und BeamtenInnen fließen, werden vom Budget für Sozialleistungen abgezogen, worunter besonders wir Frauen leiden. Durch FDC habe ich gelernt, dass wir uns dafür einsetzen müssen, dass öffentliche Gelder für Bildung, Gesundheit und Sozialleistungen nicht ständig gekürzt sondern vielmehr erhöht werden. Ich habe auch gelernt, dass es gut ist dafür zu kämpfen, denn das sind die Rechte der Kinder, der Frauen und der gesamten Gemeinde und wir selbst müssen sie einfordern, denn sonst wird es niemand für uns tun. Manchmal ist es nicht einfach, weiterzumachen, denn oftmals scheint es ein endloser Kampf zu sein aber wir müssen weitermachen für eine bessere Zukunft.

Für die Zukunft wünsche ich mir vor allem, dass mehr Kinder, gerade auch aus armen Familien, die Möglichkeit haben zur Schule zu gehen. Ich wünsche mir, dass mehr Erwachsenen ohne Schulbildung durch die Alternativen Lernsysteme einen Schulabschluss erhalten. Zudem wünsche ich mir, dass unsere regionale Organisation Kumpas weiter wächst, damit wir uns noch flächendeckender und effektiver für die Bedürfnisse unserer Gemeindeglieder einsetzen können und vielleicht sogar andere Gemeinden unterstützen können.



© FDC

Don Bosco – Stiftung für nachhaltige Entwicklung, Philippinen

Projektnummer: 329.060-F14/00149

Ganzheitliches landwirtschaftliches Entwicklungsprogramm



Die Provinz Cotabato zählt zu den landwirtschaftlich bedeutenden Regionen der Philippinen. Allerdings lebt der Großteil der ländlichen Bevölkerung in Armut – wie vielerorts auf den Philippinen. Denn die Familien besitzen kaum Land und können kein ausreichendes Familieneinkommen erwirtschaften. Jene KleinbäuerInnen, die ein Grundstück erwerben konnten, sind oft hoch verschuldet, meist bei lokalen Kredithaien. Die Bodenqualität sinkt und vielerorts sind die Familien vom Marktpreis eines einzelnen Produktes abhängig.

Die Don Bosco Stiftung versucht in dieser angespannten Situation, eine nachhaltige Lebensgrundlage für BäuerInnen zu schaffen und ihre Lebensqualität zu verbessern. Das Projektgebiet von Don Bosco umfasst ungefähr 20 Dörfer, welche seit den 1970er Jahren vielfach vom sogenannten „Mindanao-Konflikt“ zwischen bewaffneten Rebellen und der Regierung betroffen waren. Die Dörfer sind abgelegen und wurden von der Regierung jahrzehntelang vernachlässigt, was sich in hohen AnalphabetInnen-Raten und einem fehlenden Sanitär- und Gesundheitssystem zeigt (beispielsweise haben 75% der Bevölkerung keinen Zugang zu Toiletten).

Die Don Bosco Stiftung ist bereits seit 1988 aktiv und hat sich in den letzten Jahrzehnten immer wieder den Bedürfnissen der Bevölkerung angepasst: Der ursprüngliche Schwerpunkt auf Reisanbau hat sich zu einer Vielzahl von integrierten Anbaukonzepten gewandelt. Die MitarbeiterInnen von Don Bosco halten Trainings zu ökologischer Landwirtschaft ab und unterstützen aktuell den Aufbau von

© kfb / Katharina Wegan

200 diversifizierten, kleinbäuerlichen Farmen mit Saatgut. Dabei hilft die Umstellung auf biologische Anbaumethoden oft um Probleme zu lösen: Die Kosten für Saatgut und Dünger sind geringer als in der konventionellen Landwirtschaft, die Ernteerträge aber mindestens gleichhoch. Die Diversifizierung der angebauten Nutzpflanzen erleichtert eine ausgewogene Ernährung der Familie und erhält die Bodenqualität langfristig. Dabei wird zunehmend auch darauf geachtet, den Zugang zu Märkten zu ermöglichen: durch Zertifizierungen und Qualitätssicherungsmaßnahmen können die BäuerInnen ihre Produkte leichter verkaufen. Die KleinbäuerInnen, die von Don Bosco begleitet werden, lernen schnell – und der Stolz über die wachsende Professionalität ist spürbar.

Aber auch in vielen anderen Lebensbereichen begleitet Don Bosco die Menschen vor Ort: es gibt Alphabetisierungskurse für Erwachsene und weitere, aufbauende Kurse. Beispielsweise gibt es ein Training zum Aufbau von Kräutergarten und der Zubereitung von einfachen, natürlichen Heilmitteln. Auch die Trainings zu hygienischen Grundlagen und Abfallmanagement sind gut besucht – denn wenn der Staat kein Kanal- und Müllsystem zur Verfügung stellt, bergen diese Bereiche große Herausforderungen.

Die Arbeit einer christlich orientierten Organisation auch in muslimischen Gemeinden ist Ausdruck der interreligiösen Zusammenhaltes und hat eine friedensschaffende Wirkung in den abgelegenen, von jahrzehntelangem Konflikt geprägten Gemeinden.

Infobox: Konflikt auf den Philippinen

Seit den 1970er Jahren starben mehr als 150.000 Menschen im sogenannten „Moro-Konflikt“. Wie vielerorts handelt es sich dabei um einen Konflikt, dessen Ursprung in der Politik des Westens liegt, aber über Jahrzehnte hinweg das Leben der Menschen im Globalen Süden bestimmt.

Heute sind mehr als 80 % der philippinischen Bevölkerung katholisch. Doch der Katholizismus auf den Philippinen ist vergleichsweise jung: er entstand durch die Ankunft der Spanier 1521, die die Einheimischen ab dem Ende des 16. Jahrhunderts gezielt christianisierten. Doch schon zwei Jahrhunderte zuvor wanderten arabische Händler im Süden der Philippinen ein und mit ihnen breitete sich der islamische Glaube aus.

Die Bevölkerung auf der Insel Mindanao im Süden des Landes kämpfte besonders um ihre Selbstbestimmung – zuerst gegen die Kolonialherrschaft Spaniens, dann gegen die Kolonialmacht USA (1898-1941). Die Muslimas und Muslime auf Mindanao, von den spanischen Kolonialherren „Moros“ (für „Mauren“) genannt, konnten den Widerstand jahrhundertlang halten. Auch wenn die Schlagworte „christlich“ oder „muslimisch“ ins Auge stechen, wird auf Mindanao kein religiöser Konflikt ausgetragen: es geht bis heute um Ressourcen, politische Selbstbestimmung und Partizipation.

Nach der Niederlage der Moros siedelten sich amerikanische Konzerne im Süden des Landes an. Auf Initiative der USA wurden ChristInnen aus dem Norden und der Mitte des Landes in den Süden umgesiedelt, auch noch nachdem die Philippinen 1946 in die Unabhängigkeit entlassen wurden. Wenig überraschend kam es zu Konflikten zwischen den hinzugezogenen Siedlern und den Moros.

Ein Blutbad an jungen Muslimen durch die philippinische Armee im März 1968 sorgte schließlich für die Radikalisierung des muslimischen Widerstands. Aus dem Massaker resultierte die Formierung der Moro National Liberation Front (MNLF), die sich die Gründung eines unabhängigen islamischen Staates im Süden der Philippinen zum Ziel setzte. Mit der Verhängung des Kriegsrechts 1972 durch den philippinischen Präsidenten Marcos begann in den traditionell muslimischen Regionen des Südens der bewaffnete Kampf der Moros um Anerkennung als eigene Nation und Unabhängigkeit. Die philippinische Regierung reagierte darauf unter anderem mit der Aufforderung an die SiedlerInnen sich mit Waffengewalt gegen die Moros zu wehren.

Innerhalb weniger Jahre fielen dem Konflikt zehntausende Menschen zum Opfer, Hunderttausende, zeitweilig Millionen, wurden zu Flüchtlingen. Es finden massive Menschenrechtsverletzungen durch die staatliche Armee und die Guerilla statt, wobei letztere verschiedene Gruppierungen radikaler Muslime, indigener Völker und KämpferInnen gegen Korruption und Fremdherrschaft einschließt. Der Konflikt wird auch heute noch gewaltsam ausgefochten.

© Don Bosco Foundation



Interview mit Minangkal Usman-Abid

Bitte erzähl uns etwas über dich – wie alt bist du, wo kommst du her?

Ich schätze, dass ich zwischen 70 und 75 Jahre alt bin. Ich kann es leider nicht genauer sagen, denn ich habe – wie viele andere Menschen – keine Geburtsurkunde. Ich bin im Dorf Nasapian auf der Insel Mindanao geboren und aufgewachsen. Ich lebe in einer Region, in die die philippinische Regierung nicht gerne investierte. Mein Leben war und ist geprägt von einem bewaffneten Konflikt, der uns unzählige Male gezwungen hat, unsere Häuser zu evakuieren. Als Kind konnte ich nicht zur Schule gehen, denn die nächstgelegene Schule war in der Hauptstadt unserer Gemeinde, etwa 25 Kilometer weit weg. Wegen des bewaffneten Konflikts schickten viele Eltern ihre Kinder, vor allem uns Mädchen, nicht auf den langen Schulweg, da dieser wirklich lebensgefährlich war. Die Regierungssoldaten, aber auch Paramilitär war allgegenwärtig. Es gab allen Grund, Angst um uns Kinder und Jugendliche zu haben. Die Volksschule in meinem Dorf wurde erst 2004 erbaut, denn davor hat die Regierung in das Bildungssystem unserer Region nicht investiert – sie wollten keine Region stärken, in der auch muslimische Rebellen aktiv sind.

Wie war dein Leben und Alltag vor dem Kontakt mit dem Projekt?

Ich hatte kein leichtes Leben. Meine Kinder sind mittlerweile erwachsen, aber es war so schwierig, sie großzuziehen. Denn auch mein Mann war Analphabet. Um unsere Kinder beispielsweise zu registrieren, mussten wir uns die Form der Buchstaben merken, die wir für die Formulare brauchten. Wir brauchten stets Unterstützung bei allem. Ich habe mich mein ganzes Leben lang eingesperrt gefühlt, wie in einem Käfig. Ich bin nie aus meiner Gemeinde hinausgereist: obwohl ich auf einer Insel wohne, habe ich das Meer nie gesehen! Ich hatte immer Angst, weiter weg zu gehen, da ich nicht lesen konnte. Es war schon so schwierig, meine Einkäufe zu erledigen, weil ich nicht rechnen konnte: ich habe die Banknoten ja lediglich anhand der Farben erkannt. Aber das aller Schlimmste für mich war, dass auch meine Kinder nicht zur Schule gehen konnten und Analphabeten blieben.

Was ist durch das Projekt von Don Bosco geschehen?

Im Jahr 2012 haben mein Mann, meine 30-jährige Tochter und ich den Erwachsenen-Alphabetisierungskurs von Don Bosco in meinem Dorf begonnen. Meine Hände zittern durch mein Alter schon stark und auch mein Sehvermögen schwindet, daher fiel es mir nicht leicht, mit dem Stoff mitzukommen.

Doch ich habe durchgehalten und den Kurs abgeschlossen: ich kann lesen und, fast noch wichtiger, rechnen und selbst unterschreiben. Ich habe nun endlich Mut gefunden und bin – in meinen 70ern, so spät, aber doch – aus diesem Käfig des Analphabetismus ausgebrochen.

Was ist dein Wunsch für die Zukunft?

Ich will meine Gemeinde nun zum ersten Mal verlassen und meinen Horizont erweitern, wie man so schön sagt. Ich möchte aber auch in der dorfansässigen PensionistInnen-Vereinigung mitarbeiten, denn viele in meinem Dorf können noch nicht lesen und schreiben. Manche können den Kurs nicht machen – sie sind so arm und müssen den ganzen Tag arbeiten, um abends überhaupt Essen auf den Tisch stellen zu können. Manche denken, sie sind zu alt, um die Dinge noch ändern zu können. Ich möchte ihnen Mut machen und Hoffnung schenken: Ich möchte, dass auch sie erleben, was ich erlebt habe – diese Freiheit, dieses Selbstwertgefühl.

Methoden für Jugendliche und Erwachsene

Rundenmodell

Hinweis/Anmerkung: in diesem Rundenmodell sind viele einzelne methodische Umsetzungsvorschläge angegeben. Je nach Zeit und Lust und Laune ist es möglich, die einzelnen Schritte wie Einstieg, Einzel-/Paararbeit, Gruppenarbeit, Großgruppe separat oder auch alle Schritte gemeinsam wie hier im Ablauf vorgeschlagen durchzuführen.

Dauer: ca. 90-120 Min. (je nach Zeitmöglichkeit können einzelne Schritte auch ausgewählt und verwendet werden)

Materialien: Zitate, Klebeband, ev. Legematerial (zB Spielkegel, Würfeln vom Mensch-ärgere-dich-nicht-Spiel oder Playmobil/ Lego-„Figuren“, Holz-Bausteine, Seidenblumen, Federn, Steine, Muscheln, Schneckenhäuser, Murmeln, Tücher, Mikadostäbchen, diverses Kinderspielzeug wie Stofftiere, -puppen,... – der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt), Stifte, Flipchartpapier, Artikel Wirtschaftspolitik und Frauen aus dem Behelf

Ablauf:

SCHRITT 1

Einstieg

(ca. 15-20')

Positionierungsübung im Raum:

Folgende Zitate (siehe Kasten) werden ausgeschnitten, vergrößert und je nach Gruppengröße an acht Stellen (wenn die Gruppe sehr groß ist und alle verwendet werden) im Raum oder in den vier Ecken aufgelegt. Jede Teilnehmerin stellt sich zu dem Zitat dazu, das sie am meisten anspricht, über welches sie diskutieren möchte, das ihr am wenigsten gefällt,... Wenn jede Frau bei dem ausgewählten Zitat steht, werden in der jeweiligen Kleingruppe folgende Fragen gemeinsam besprochen (falls eine Frau alleine steht, kann sie überlegen, ob sie die Fragen alleine beantworten/ bearbeiten will oder ob sie sich zu einem anderen Zitat in eine Kleingruppe dazu stellt):

- Was sagt dieses Zitat aus?
- In welchem Zusammenhang könnte das gesagt worden oder entstanden sein?
- In welcher Weise werden in diesem Zitat Frauen und Männer (unterschiedlich) gesehen?
- Welche Rolle wird in dieser Aussage Frauen und Männern zugesprochen?
- Welche Perspektive von Chancengleichheit wird dabei Frauen und Männern zugesprochen?

Nach einer kurzen Diskussion in der jeweiligen Kleingruppe können in der Großgruppe die Zitate gegenseitig vorgestellt und Auszüge bzw. Schlussfolgerungen aus der Diskussion präsentiert werden.

Zitatensammlung

1. „Die privaten Mächte der Wirtschaft wollen freie Bahn für ihre Eroberung großer Vermögen. Keine Gesetzgebung soll ihnen im Wege stehen. Sie wollen die Gesetze machen, in ihrem Interesse, und sie bedienen sich dazu eines selbstgeschaffenen Werkzeugs, der Demokratie, der bezahlten Partei.“
Oswald Spengler, Untergang des Abendlandes,
(Quelle: <https://de.wikiquote.org/wiki/Vermögen>)
2. „Einkommen und Vermögen sind keine Schande, höchstens die Art, wie sie zustande kommen.“
Bruno Kreisky (SPÖ), Weisheiten, S. 247
(Quelle: <https://de.wikiquote.org/wiki/Vermögen>)
3. „Es ist eine allgemein anerkannte Wahrheit, dass ein Jungeselle im Besitz eines schönen Vermögens nichts dringender braucht als eine Frau.“
Jane Austen, Stolz und Vorurteil
(Quelle: <https://de.wikiquote.org/wiki/Vermögen>)
4. „Hunderte von amerikanischen Vermögen datieren aus dem amerikanischen Bürgerkrieg und tausende Vermögen aus dem ersten Weltkrieg. Niemand kann leugnen, daß Kriege ein gutes Geschäft sind für diejenigen, die diese Art Geld lieben.“
Henry Ford, Mein Leben und Werk
(Quelle: <https://de.wikiquote.org/wiki/Vermögen>)
5. „Sie fragen, wie man zu solch einem großen Vermögen kommt? Man muss einfach Glück haben!“
Voltaire, Jeannot und Colin
(Quelle: <https://de.wikiquote.org/wiki/Vermögen>)
6. „Unerträglicher ist nichts als ein Weib mit großem Vermögen.“
Juvenal, Satiren 2, 6
(Quelle: <https://de.wikiquote.org/wiki/Vermögen>)
7. „Vermögen dient zur Bequemlichkeit des Lebens, nicht das Leben zur Anhäufung des Vermögens.“
Saadi, Gulistan, 8
(Quelle: <https://de.wikiquote.org/wiki/Vermögen>)
8. „Wenn sich eine Regierung anschickt, alle Sphären zu beherrschen, nennt man das Totalitarismus. Wenn Religion das tut, nennt man das Theokratie. Aber wenn der Kommerz das tut, nennen wir es plötzlich Freiheit.“
Benjamin R. Barber, US-amerikanischer Politikwissenschaftler (Quelle: kfb-Behelf 2015/16, S. 5)

SCHRITT 2

Einzelarbeit

(10-15')

jede Frau bekommt ein Blatt Papier, Buntstifte oder Wasserfarben, überlegt spontan und kreativ, was der Begriff „GENDER BUDGETING“ für sie heißen könnte bzw. was er für sie bedeutet oder in welchem Kontext sie diesen Begriff schon einmal gehört hat oder er ihr begegnet ist und malt ein Bild zu Gender Budgeting.

Alternative: mit Legematerial (z. .B Spielkegeln, Würfeln vom Mensch-ärgere-dich-nicht-Spiel oder Playmobil/ Lego-„Figuren“, Holz-Bausteine, Seidenblumen, Federn, Steine, Muscheln, Schneckenhäuser, Murmeln, Tücher, Mikadostäbchen, diverses Kinderspielzeug wie Stofftiere, -puppen,... – der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt) wird alleine oder zu zweit ein „Bild“ zu Gender Budgeting gelegt und folgendes überlegt:

- Was verstehen wir spontan/ aus dem Bauch heraus unter Gender Budgeting?

- Wie kann dies mit Hilfe des Legematerials kreativ dargestellt werden?
- Warum ist das für Frauen und unsere Gesellschaft weltweit wichtig?

Bei der Alternative werden anschließend in der Paararbeit nur mehr die Fragen (aus Schritt 3) gemeinsam überlegt.

SCHRITT 3

Paararbeit

(10-15')

Jeweils zwei Frauen setzen sich zusammen, stellen einander ihre Kunstwerke und Gedanken dazu vor und überlegen gemeinsam:

- In welchen Bereichen haben Frauen etwas mit Budget(s) zu tun?
- In welchen Bereichen/wann und was hören wir in den Medien über Budgets?
- Welche Personen sind in welchen Bereichen mit Budgets betraut?
- Welche Kriterien gibt es bei Budgeterstellung in welchen Bereichen?



SCHRITT 4**Kleingruppenarbeit**

(30-45')

Je zwei Paare setzen sich zu einer Kleingruppe zusammen. Folgende Aussage, die in jeder Kleingruppe aufliegt und laut vorgelesen wird, wird gemeinsam analysiert:

ZIEL von GENDER BUDGETING muss es sein, auf die Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen gezielt einzugehen. Die Ausgaben und Einnahmen müssen so geplant werden, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern gefördert wird. Die Erstellung von Budgets soll dadurch transparenter werden und neue Möglichkeiten der Mitsprache eröffnet werden. Geschlechtergerechte Budgetpolitik soll zu mehr Verteilungsgerechtigkeit in der Gesellschaft führen.

- Was sagt diese Aussage aus? Was verstehen wir?
- Wie wirkt diese Aussage auf uns?
- In welcher Weise betrifft diese Aussage uns Frauen?
- In welchen Bereichen und wie ist/ wird dies bereits umgesetzt?

Jede Kleingruppe erhält eine Kopie des Artikels *Wirtschaftspolitik und Frauen* aus dem Behelf sowie folgende Fragen (es können auch einige ausgewählt werden), erarbeitet und diskutiert diese gemeinsam und gestaltet ein Plakat auf Flipchartpapier dazu:

- Wie gerecht und transparent ist die Verteilung von Einkommen und Vermögen/ Besitz zwischen Frauen und Männern in Österreich und weltweit? Was wissen wir darüber und wie können wir uns darüber informieren?
- Was hat Verteilungsgerechtigkeit mit Gender Budgeting zu tun?
- In welcher Weise wäre mehr Verteilungsgerechtigkeit in Österreich und weltweit zwischen Frauen und Männern möglich, wünschenswert?
- Wie müssten das/die vorherrschende/n Wirtschaftssystem/e verändert werden, dass eine Verteilungsgerechtigkeit zwischen Frauen und Männern bzw. unbezahlter und bezahlter Arbeit in Österreich, in der EU, in allen Ländern weltweit erreicht wird?
- Welche Unterstützung bzw. Maßnahmen wären von welcher Seite her notwendig?
- Was müsste wer wann in Zukunft anders tun, damit sich für Frauen die Chancen auf Gleichberechtigung auch im Zugang zu Budget und Vermögen erhöhen und ein optimaleres Ergebnis für sie als wesentlicher Teil der Gesellschaft herauskommt?
- Was müssten vor allem die Frauen selbst tun/ unterlassen, damit das derzeitige Wirtschaftssystem verändert und ein gendergerechtes Budget bzw. das Vermögen österreichweit und weltweit gerecht aufgeteilt wird/ist? An welchen politischen und wirtschaftlichen Bereichen/ „Schalthebeln“ müsste begonnen werden, damit sich wirklich etwas ändert?

SCHRITT 5**Abschlussrunde im Plenum**

(je 10' pro Gruppe)

Jede Kleingruppe präsentiert ihre Ergebnisse und ihr Plakat. Es kann nachgefragt und diskutiert werden.



© kfb

Methoden für Kinder 8-12 Jahre

Dauer: ca. 50 Min.

Materialien: Arbeitsblatt in Kopie für jede/n SchülerIn, Stifte, Flipchartpapier, Plakatstifte, eventuell: Internetzugang für jede Kleingruppe

Ablauf:

Schritt 1

Vorarbeit

Jede/r SchülerIn bekommt das Arbeitsblatt „Wozu ein Budget“ (siehe Kopiervorlage, unten), und interviewt damit die Eltern/ Verwandte oder Bekannte. Anmerkung: Die Angaben müssen nur ungefähr sein, sollten aber so weitgehend wie möglich der Realität entsprechen ohne persönliche Daten preisgeben zu müssen.

Schritt 2

Einstieg in der Großgruppe

(10-15')

Die SchülerInnen überlegen mit Hilfe der ausgefüllten Arbeitsblätter, wofür wie viel Geld in ihrem Familienhaushalt ausgegeben wird, wie die Verteilung zwischen Mutter/ Vater bzw. Mann/ Frau ist und warum in jedem Haushalt ein Budget notwendig sein könnte/ ist.

Sie präsentieren ihre Arbeitsblätter und vergleichen diese. Zunächst wird einmal gemeinsam versucht, zu definieren:

- Was ist unbezahlte Arbeit von den im Arbeitsblatt aufgezählten Tätigkeiten?
- Wer macht diese hauptsächlich zu Hause in der Familie, in der Gesellschaft, weltweit?
- Welche Tätigkeiten verrichten Männer an unbezahlter Arbeit?
- Welche Art von unbezahlter Arbeit hast du selbst schon gemacht? Wie war das für dich?
- Unter welchen Umständen, z.B. du bekommst mehr Taschengeld, du bekommst zusätzliches Geld, dir wird gesagt, dass du freiwillig im Haushalt mithelfen musst, weil du auch hier wohnst,... hilfst/ arbeitest du selbst im Haushalt mit? Wie geht es dir damit?
- In welcher Weise ist es gerecht/ nicht gerecht, für manche Tätigkeiten etwas bezahlt zu bekommen und für viele Tätigkeiten nichts bezahlt zu bekommen? Warum ist das so? Wer entscheidet das? Welche Tätigkeiten werden in unserer Gesellschaft bezahlt, welche nicht und warum nicht?

Mit Hilfe der Lehrperson kann ein Raster (Strichliste) für jedes vorgestellte Arbeitsblatt erstellt werden, wieviel unbezahlte Arbeit durchschnittlich Frauen in den Familien, wie viel Männer in den Familien leisten.

Schritt 3

Kleingruppenarbeit

(15-20')

Je vier bis fünf SchülerInnen bilden eine Kleingruppe. Gemeinsam beantworten die SchülerInnen so gut sie es können folgende Fragen (es können auch einzelne Fragen ausgewählt werden), die Lehrperson kann unterstützen:

- Wofür gibt der österreichische Staat Geld aus und wie ist das in anderen Staaten?
- Wofür werden welche Gelder ausgegeben?
- Welche Auswirkungen haben die einzelnen Ausgaben auf welche Bevölkerungsgruppen, z.B. auf Frauen, Kinder, Jugendliche, Männer,...?
- Was heißt es, wenn z.B. kein Budget mehr für Kinder und Jugendliche in der Schule vorhanden ist, aber viel Geld für Waffen ausgegeben wird: wem nützt das, wem schadet das?
- Wie ist das in Staaten der Welt, wo viel Geld für Krieg ausgegeben wird und dafür kein Geld mehr für die Versorgung von Menschen oder für Bildung vorhanden ist? Was würdet ihr diesen Verantwortlichen sagen?

Danach werden folgende Fragen überlegt und jede Gruppe gestaltet ein Plakat aus der Sicht von Kindern/ SchülerInnen dazu: *z.B. Stellt euch vor, ihr seid verantwortliche PolitikerInnen und wollt die nächsten Wahlen gewinnen. Dafür ist es sehr wichtig, der Bevölkerung zu vermitteln, wofür ihr das Geld ausgeben wollt. Eure Überlegungen sollten realistisch sein. Überlegt, welche Bevölkerungsgruppen ihr am meisten ansprechen wollt.*

- Für welche Bereiche sollte unser/ ein Staat am besten sein Geld ausgeben?
- Welche Bevölkerungsgruppen sollen am meisten unterstützt werden und in welcher Weise könnte das gemacht werden?
- Wie sollte ein Staat sein Geld/ seine Ausgaben so einteilen, dass alle Bevölkerungsgruppen (Kinder/ Jugendliche/ Frauen/ Männer/ ältere Personen/ Menschen mit Behinderungen/ Kranke/ Arme und Bedürftige) am besten davon profitieren?

Schritt 4

Großgruppe

(15')

Jede Kleingruppe präsentiert ihre Ergebnisse auf Flipchart. Abschließend kann gemeinsam besprochen/ diskutiert werden:

- Was könnte oder müsste verändert werden, damit die unbezahlte und bezahlte Arbeit zwischen Mütter und Väter bzw. zwischen Frauen und Männern gleich verteilt ist und damit alle Menschen weltweit die gleichen Chancen auf Einkommen und Vermögen haben?

Neuigkeiten zur Sumangali Kampagne

Die Botschaft ist angekommen: Kleidung hat ihren Preis, wenn Arbeiterinnen in der Textilproduktion im Süden faire Arbeitsbedingungen vorfinden sollen. Im Rahmen der Aktion Familienfasttag hat sich die kfb mit dem Thema „Faire Arbeitsbedingungen für alle“ befasst. Rund 200.000 Frauen und Mädchen sind aktuell Opfer des „Sumangali-Schemes“ eine Form der Lohnsklaverei in Indien. Sie arbeiten ständig überwacht, 7 Tage die Woche in 12-Stunden-Schichten, werden gering bis gar nicht entlohnt, nur notdürftig medizinisch versorgt, sind Demütigungen und Gewalt ausgesetzt.

Die kfb-Partnerorganisation Vaan Muhil kämpft in Südindien vehement gegen das „Sumangali“-Scheme. Gemeinsam mit anderen NGOs, Gewerkschaften und Basisorganisationen führte Vaan Muhil eine Kampagne durch, die den Arbeitsminister von Tamil Nadu aufforderte, das „Sumangali“-Scheme aktiv zu bekämpfen.

Die kfb unterstützt diese Kampagne auch hier in Österreich, sammelte fast 35.000 Unterschriften und sendete diese im Juli letzten Jahres nach Indien.

Die Übergabe der Unterschriften an den Arbeitsminister von Tamil Nadu war für Ende Juli/ Anfang August 2014 geplant, musste aber immer wieder verschoben werden, da die Minister aufgrund von lokalen Wahlen keine offiziellen Termine mehr wahrnehmen konnten. Anschließend hat ein Korruptionsfall in der Regierung für Aufruhr gesorgt, sodass es wieder nicht möglich war, einen Termin beim Arbeitsminister zu erhalten. Unsere ProjektpartnerInnen von Vaan Muhil, allen voran Projektleiter Mr. Britto, blieben jedoch hartnäckig und so war es einer Delegation von Vaan Muhil möglich, die Unterschriften im April dieses Jahres endlich dem Arbeitsminister von Tamil Nadu zu übergeben. Die Delegation hatte zusätzlich die Möglichkeit, dem Minister ihren Forderungskatalog zu unterbreiten, welcher unter anderem folgendes umfasste:

- 1) Das Labour Department (die für Arbeit und Arbeitsrechte zuständige Abteilung der Regierung von Tamil Nadu) soll die Situation in den Textilfabriken und Spinnereien kontinuierlich überwachen, regelmäßig unangekündigte Kontrollbesuche durchführen und sich regelmäßig über die Arbeitsbedingungen informieren.
- 2) Die Regierung von Tamil Nadu soll die aktuelle Gesetzeslage bezüglich der Anstellung von Mädchen als Lehrlinge (bzw. des Schutzes der Mädchen vor Missbrauch der Anstellung als Lehrling) umsetzen.
- 3) Die Regierung von Tamil Nadu soll dafür sorgen, dass alle Arbeiterinnen über 18 Jahre in geregelte Anstellungsverhältnisse mit allen Angestelltenrechten übernommen werden.
- 4) Die Regierung von Tamil Nadu soll dafür sorgen, dass es keine Kinderarbeit in den Textilfabriken und Baumwollspinnereien von Tamil Nadu gibt.

Der Arbeitsminister hat die Forderungen positiv aufgenommen und vermerkt, dass ein Gesetzeszusatz zum Schutz von Lehrlingen bereits an die Indische Regierung geschickt wurde und dort auf Unterschrift wartet. Vaan Muhil bleibt weiter an der politischen Lobbyarbeit dran, denn gerade im Mai 2015 hat das indische Kabinett einer Gesetzesinitiative zugestimmt, die die Arbeit von Kindern in Familienbetrieben unter bestimmten Bedingungen bereits für unter 14-Jährige erlaubt.



© VAAN MUHIL



© VAAN MUHIL

Quellenverzeichnis

Verwendete Literatur

- BEIGEWUM: Frauen macht Budgets. Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive. Wien, 2002.
- Bergmann, Nadja / Gubitzer, Luise / Klatzer, Elisabeth / Klawatsch-Treitl, Eva / Neumayr, Michaela: Gender Budgeting. Handbuch zur Umsetzung geschlechtergerechter Budgetgestaltung. Wien, 2004.
- Elson, Diane: Integrating Gender into Government Budgets within a Context of Economic Reform. In: Budlender Debbie et al.: Gender Budgets make Cents. London, 2002.
- Haag, Nikola / Schwienbacher, Daniel: Gender und Globalisierung. Care-Arbeit innerhalb einer globalisierten Lebenswelt. In: AEP Feministische Zeitschrift für Politik und Gesellschaft. Nr. 1/2015.
- Knobloch, Ulrike: Geschlechterverhältnisse in Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik. In: Widerspruch, 32. Jg. 2013, 62.
- Mader, Katharina: Gender Budgeting. Geschlechtergerechte Gestaltung von Wirtschaftspolitik. In: Wirtschaft und Politik, herausgegeben vom Forum Politische Bildung. Informationen zur Politischen Bildung Bd. 33. Innsbruck-Wien-Bozen, 2010.
- Mader, Katharina: Gender Budgeting: Ein emanzipatorisches, finanzpolitisches und demokratiepolitisches Instrument. Peter Lang GmbH, 2009.
- Mader, Katharina: Staatsfinanzen und Care-Ökonomie. In: Widerspruch, 32. Jg. 2013, 62.
- Netzwerk österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen: Was ist Gender Budgeting? Innsbruck, 2009.
- Reese, Niklas: Armut unter Palmen. Soziale Sicherung, Bildung und Gesundheit in den Philippinen. In: Focus Asien, 24, November 2005.
- Wege aus der Krise: Zivilgesellschaftliches Zukunftsbudget 2015. Attac Österreich, 2015.
- Wichterich, Christa: Ein feministischer Blick auf Krisen, Kapital und Kosten. In Robert P. Brenner et. al: Kapitalismus am Ende? Attac: Analysen und Alternativen. Hamburg, 2009.
- Wichterich, Christa: Haushaltsökonomien in der Krise. In: Widerspruch, 32. Jg. 2013, 62.

Verwendete Internetquellen

- Bundesamt Deutschlands auf www.destatis.de
- Finance and Trade Watch: <http://www.ftwatch.at/eca-reform-kampagne/fallbeispiele/giftige-schulden-unbrauchbare-umwelttechnik-aus-osterreich-fur-die-philippinen/>
- Hawke Research Institute: Gender Responsive Budgeting in the Asian Pacific Region. Republic of the Philippines. www.unisa.edu.au/genderbudgets
- öko-fair: <http://www.oeko-fair.de/verantwortlich-handeln/frauen-entwicklung/frauen-fakten>
- Wien.at: <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/alltagundfrauen/verkehr.html>

Abbildungsverzeichnis

- Delcho Mihajlov. In: Jerman, Tina (Hgin.): FrauenWelten. Internationale Karikaturen. Essen, 2003.
- Haag, Nikola / Schwienbacher, Daniel: Gender und Globalisierung. Care-Arbeit innerhalb einer globalisierten Lebenswelt. In: AEP Feministische Zeitschrift für Politik und Gesellschaft. Nr. 1/2015.
- Klatzer, Elisabeth: Genderbudgets. Feministische Aneignung eines zentralen Machtinstrumentes. In Frauensolidarität, 2001, 4.

Weiterführende Links

- BEIGEWUM, Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen: <http://www.beigewum.at/>
- IMAG GMB, Interministerielle Arbeitsgruppe für Gender Mainstreaming/Budgeting: <http://www.imag-gendermainstreaming.at/cms/imag/subcoverpage.htm?channel=CH0597>
- OXFAM: Armutsbericht 2015: https://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/file_attachments/ib-wealth-having-all-wanting-more-190115-en.pdf
- Wege aus der Krise: <http://www.wege-aus-der-krise.at/>

Gemeinsam für eine Zukunft mit gerechter Verteilung

teilen spendet zukunft



teilen spendet zukunft. aktion familienfasttag



Katholische
Frauenbewegung

www.teilen.at/spenden • Spendenkonto: IBAN AT86 6000 0000 0125 0000. Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.

Impressum: Eigentümerin, Herausgeberin und Verlegerin: Katholisches Frauenwerk in Österreich. Referat Entwicklungspolitik – Aktion Familienfasttag, Spiegelgasse 3, 1010 Wien.
Für den Inhalt verantwortlich: Dr.ⁱⁿ Anja Appel; Redaktionelle Leitung: Mag.^a Daniela Klocker; Redaktion: MMag.^a Cornelia Barger, Mag.^a Daniela Klocker, Mag.^a Birgit Mbwisi-Henökl;
Layout: rennergraphicdesign, Druck: Druckerei Janetschek.